

# Wirtschaftlicher Anzeiger

für Deutschem

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 100.— M., Restameteile 200.— M.

Abgabetermin: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis spätestens nachmittags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Bezugsstellen 1550.00 M., von anderen Stellen 1600.00 M., Einzelnummer 150.00 M.

Bestellfrist: und monatliche Bezüge werden unter 100 M. höchstens, Belegfrist 10, nach dem letzten Boten nach 60. Wochenblätter ausgeschlossen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Deutschem.

№ 66

Sonnabend, den 9. Juni 1923

62. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

- Die deutsche Note ist den alliierten Regierungen überreicht worden.
- Als Ergebnis der Brüsseler Konferenz wird mitgeteilt, daß Belgien und Frankreich bei ihren Forderungen bezüglich der Ruhrfrage beharren.
- In Belgisch kam es zu blutigen Straßenkämpfen.
- Im Belgische wurde über die sozialdemokratischen Erneuerunginterpellation verhandelt.
- Im Brüsseler Sanstage entsetzten die wieder zugelassenen Kommunisten eine Geschäftsordnungsschlechte.
- Das holländische Kabinett ist zurückgetreten.
- Der Dollar stieg wieder auf über 79.000.

## Die letzte Woche.

Der neue englische Ministerpräsident Baldwin ist seitdem die Reparationsfrage aus der Welt zu bringen, aber er vertraut sich nicht, oder noch nicht, die Unterstützung zum Stein des Anstoßes in Paris zu machen. In den Londoner Zeitungen wird auch in dieser Angelegenheit ein etwas milderer Standpunkt, wie in den französischen Blättern vertreten, man darf sich annehmen, daß die bei uns in England Baldwin gegenüber sich zur Verständigung neigt, aber zu einem erfolgreichen Ausreiten gegen Poincaré können heute weder er, noch der Minister des Auswärtigen Lord Curzon sich entschließen. Soweit geht in ihren Augen das englische Staatsinteresse noch nicht, weil sie von einem Konflikt ein offensichtliches Aufsteigen der Einsätze befürchten.

Die Schlichtung der Reparationsfrage ist eine rein finanzielle Angelegenheit, die der leitende britische Staatsmann für durchaus lösbar hält. Er tarzt wohl die Franzosen ganz richtig, daß das Geld bei ihnen nicht immer ganz dieselbe Rolle spielt. Die breite Masse des Volkes will das deutsche Geld, um seine neuen heimischen Steuern bezahlen zu müssen, ist für ihnen weitgehend vorgebereitet worden, und den Pariser Vorkämpfern geht die politische Seite, wie sie sich in der Ruhrbesetzung ausdrückt, über alles. Ist die Geldfrage ausgeglichen, so ist eine augenblickliche Verurteilung für das wirtschaftliche Leben zu erwarten; nur ist die Frage, ob dies heute für die jüngere Zeit aufrecht erhalten läßt, denn die Politik kann neue Streitigkeiten veranlassen und die gesellschaftliche Gestaltung der europäischen Lage von neuem ändern. Die englische Regierung glaubt vielleicht, dadurch neue „Gien in Feuer“ zu gewinnen, daß Frankreich und Deutschland dann unermittelt gegenüber stehen bleiben. Der Wert dieser teilweise richtigen Schlichtung ist natürlich ein zweifelhafter.

Was das Deutsche Reich an Reparationszahlungen leisten soll, kann günstigsten Falles durch die Verhandlungen festgestellt werden, die sich an die erfolgte Abergabe des deutschen Memorandum auf die Entennoten knüpfen sollen. Die Forderungen, die uns zu zahlen zugewandt werden, gehen bis zu 50 Milliarden hinauf, die eine Summe bedeuten, die von uns nicht aufgebracht werden kann. Wir brauchen dazu ein ausgebreitetes Moratorium, und das Zustandekommen einer internationalen Anleihe. Es muß daher abgewartet werden, welchen Erfolg die Anstrengung des Ministeriums Baldwin haben wird.

Es ist soviel zu erkennen, daß Poincaré auch in der politischen Frage der Ruhraktion allein steht und auf seinen belgischen Kompagnon nicht mehr unbedingt zählen kann. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Paris und Brüssel bestehen, sind durch die letzten Besprechungen nicht ausgeglichen worden. Denken etwa die Engländer, die Belgier können für sie die Interessen aus dem Feuer holen, das heißt, die Franzosen aus dem Einbruchgebiet wieder hinaus zu drängen suchen? Daß die Brüsseler Regierung das gern möchte, ist sicher, denn sie hat von diesem Abenteurer für ihren auf das reinlich-westfälische Hinterland angewiesenen Staat nur Mitleid; ob sie ihre volle Selbständigkeit Frankreich gegenüber zum Ausdruck bringen kann, ist aber das die Frage. Es hat in Paris an wiederholten Anlässen auf Poincaré nicht gefehlt, es wurde mit solchen in der inneren Politik versucht, nachdem die in den auswärtigen Angelegenheiten gescheitert waren, aber bis zu seinem Sturz ist der Wunsch der Opposition noch nicht vorwärts geschritten.

Der deutsche passive Widerstand an der Ruhr gegenüber den fortgesetzten Gewalttaten der Franzosen wohnt und weicht nicht. Der Streik ist erfreulicherweise vorüber, aber die Ausdehnung der Besetzung und die Ausweitung der Einwohnerschaft hält an. Die Wortredner erwidern sich nun schon gar auf einer, von welchen französischen Soldaten befehligt sein sollen. Je mehr Einzelheiten auch über die Ergebnisse

des absehbaren deutschen Schicksals bekannt werden in um so unheimlicherem und barbarischerem Lichte erscheint diese Gruellat der Schläger, dessen Maßacre alle deutschen politischen Befangenen haben bewohnen müssen. Schläger ist allerdings nicht umsonst unter den fremden Kugeln gefallen, aber in anderem Sinne, als die Franzosen denken.

## Poincarés Erfolg in Brüssel.

Keine Annäherung Belgiens an England.

Poincarés Reise nach Brüssel hat ihm einen vollen Erfolg gebracht. Es ist ihm noch einmal gelungen, Belgien, das in letzter Zeit Neigung zeigte, sich von Frankreich zu trennen und zu England hinüberzuwenden, bei der Stange zu halten. Als Ergebnis der Brüsseler Konferenz wird amtlich bekannt gegeben:

Die französische und belgische Regierung sind übereingekommen, ihre frühere Entscheidung in vollem Umfang aufrecht zu erhalten, besonders die Entscheidung, wonach die Mäxierung des Ausgabekredits nach Maßgabe der Zahlungen der Reparationen stattfinden soll. — Die soll es laus, bis die belgischen Reparationsleistungen erfüllt hat und den passiven Widerstand aufgibt, aufrecht erhalten werden und es soll vorerst in keine Richtung seiner Vorrechte eingetreten werden. Die beiden Regierungen haben sich gleichzeitig über ein Programm der Ersetzung von Maßnahmen verständigt, durch die der Trend auf Neutralität verläßt und Deutschland zur Ausübung seiner Reparationsleistungen gezwungen werden soll.

Die Pariser Presse legt dieses Ergebnis der Brüsseler Konferenz ganz richtig dahin aus, daß es Poincaré gelungen ist, die belgischen Minister zu seinem Standpunkt zu bekehren. Dieser Standpunkt lautet: „Die französische Regierung ist bereit, mit den belgischen Sachverständigen einen Plan zu beschreiben, der in Paris ausgearbeitet wurde, und die von Brüssel bezüglich der Reparationen erteilten Anweisungen aufzutreten. Sie ist ferner bereit, mit England und Italien in Besprechungen einzutreten, sobald die Grundlage zu einer Unterabteilung wirklich gewonnen sei. Doch halte sie es für notwendig, diese Grundlage festzustellen. Vor allem müßten sich Frankreich und Belgien zunächst darüber verständigen.“

Millet betont, man wolle fest, was man unter der Forderung Frankreichs und Belgiens das Ruhrgebiet erst nach dem Eingehen deutscher Zahlungen zu räumen, genau zu verstehen habe.

## Der belgische Standpunkt

Bei, daß die beiden Länder ohne Macht die Ruhr räumen können, sobald die eigentlichen französisch-belgischen Zahlungen zu Erde gingen, d. h. falls den französisch-belgischen Reparationen vor Beendigung der von Deutschland sämtlichen alliierten gescheiterten Zahlungen eine Priorität zuerkannt werde. Die Auffassung wurde von den belgischen Verbänden richtig angenommen. Andererseits wurde im Hinblick auf die Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes festgesetzt:

„Deutschland muß zu dem Status quo ante vom 1. Januar 1923 zurückkehren. Eine daß die von den Franzosen und Belgiern geforderten Maßnahmen im Angebiet eine Neubewertung erfahren, mit der Deutschen alle Voraussetzungen zurückziehen, durch die es den Widerstand gegen den Versailles Vertrag sowohl hinsichtlich der Reparationen, wie auch im Hinblick auf das belagerte Gebiet organisieren.“

Was Einzelheiten der Sitzung geht hervor, daß die belgischen Minister mit Interesse von der neuwertenden Beurteilung ihres Monopolprojektes durch Poincaré Kenntnis nahmen. Unter diesen Umständen erklären die belgischen Minister, wie der Brüsseler Korrespondent des „Deure“ mitteilt, daß sie keinen neuen Plan mehr ausarbeiten werden. Sie verlangen lediglich, daß die französisch-belgischen Sachverständigen ihre gemeinsamen Arbeiten fortsetzen und die Gesichtspunkte der Regierungen weiterhin vergleichen.

## Der Münchener Kohberrats-Prozess.

Das französische Interzessionsziel.

Aus der Beugensanfrage des Major Wahr ist noch hervorzuheben: Wahr sollte in Prag eintreten für eine Bindung des weiteren nordwestlichen Kreises durch einen Aufmarsch an der sächsischen Grenze im Falle einer bayerischen Aktion. Weiterhin sollte er in Prag das Desinteressen handelnder bayerischer Kreise an gewissen oberirdischen Grenzverschiebungen zugunsten Tschechiens erklären und schließlich die Zustimmung streitig Zurückhaltung der handelnden Kreise in der deutsch-tschechischen Frage im Falle einer bayerischen Aktion abgeben.

Wahr erklärte, daß die Verbindung des französischen Nichter mit dem Anliegenden Funde aus jener Zeit besser, als in Bayern die Frage der Einwohnerwehr wieder akut geworden sei. Nichter habe sich die sichere Befestigung mit Saarlouis zugestimmt. Er habe eine besondere Verlebe für Bayern betont, gesellschaftlich viel in deutschen Offizieren bereitet, und seine eigenen Beziehungen zum französischen Aristokraten Almi hervorzuheben.

Nicht habe gesagt, französischerseits seien fünf Männer besonders in die Ungehelligkeit eingeweiht worden, nämlich Poincaré, General Guad, Abg. Aloné, General Degoutte und sein letzter Stadtschef Major Sommerle.

Die Behauptung, daß Bayern keine Waffen habe, um eine Aktion erfolgreich durchzuführen, habe Nichter überlegen belächelt, weil er von Wladislaw gegenteilig unterrichtet gewesen sei. Die hierauf folgende Schilderung des Zeugen über die Unterabteilung des Nichter in München zeigte, mit welcher Fülle von Intrigen Frankreich seine Politik der Zerreißung Deutschlands auf dem Wege über Bayern betrieben hat. Der Zeuge verwarft sich ganz entschieden gegen die Behauptung der Zerreißung, daß er ein Weisungsmittel gewesen sei und daß er selbst irgendwelche hochverräterische Handlungen begangen habe.

Am Donnerstag wurde in der Beugenerklärung fortgesetzt. Zunächst wurde Dr. Tafel, früherer Präsident des Bayerischen Ordnungsbüros, vernommen. Er macht, wie auch der nächste Zeuge, Verlagsbuchhändler Dr. Dede, einige Aussagen über Wladislaw.

Der Zeuge Brendel aus Volkstanzschauen, Kaufmann a. D., früherer zweiter Vorsitzender des „Bundes Bayer“, machte am 17. Februar 1923 eine Führung mit, in der Schäfer in einem Vortrag darauf hingewiesen hatte, die Leute hätten sich nunmehr „besitzgehalten“. Durch Warnungen Kanters fertig geworden, ging Brendel zum Polizeipräsidenten Schöner, der seine Ansicht dahin äußerte, es stecken französische Gelder dahinter, und man müsse die Verhältnisse in Wladislaw weiter aufrechterhalten, um ihn auszuhandeln. Auch General Esp, zu dem der Zeuge sich am nächsten Tage begab, riet zur Vorsicht. Darauf telegraphierte der Zeuge an seine Vorgesetzten, sie sollten weitere Befehle abwarten, da die Voraussetzungen ihrer bisherigen Richtlinien irreführend seien.

## Deutsches Reich.

den 8. Juni 1923.

Die neue Währungsverordnung. Dem Reichsrat ist der Entwurf einer neuen Währungsverordnung vorgelegt worden, über den in der Sitzung am 9. Juni Beschluß gefaßt werden soll. Der Entwurf umfaßt insgesamt 8 Verordnungen, eine Verordnung, in der nach dem Artikel 6 Abs. 3 des Votengesetzes die Reichsregierung ermächtigt wird, die übrigen Verordnungen mit dem 31. Mai d. J. in Kraft treten zu lassen. Von den übrigen Verordnungen befaßt sich die erste mit dem Kampf gegen die Preissetzer, die zweite regelt die Ein- und Ausfuhr, die dritte befaßt den Handel, wobei eine Konzeptionierung des Einzelhandels vorgehien ist, die vierte trifft Maßnahmen gegen Postläufer in der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des täglichen Bedarfs, die fünfte befaßt sich mit der Einrichtung von Preisprüfstellen und in der sechsten wird die Ausnahmefähigkeit über wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere Preise, Vorräte, Leistungen und Fähigkeiten von Unternehmen und Betrieben geregelt festgelegt. In der letzten Verordnung werden die alten Bestimmungen über die Währungsgerichte zusammengefaßt und in wichtigen Punkten ergänzt. Als neuer Begriff wird in dieser Verordnung der Leistungswert eingeführt, der für währungsliche Gewinn oder Verlust aus Leistungen, z. B. Handwerkerleistungen, schwere Strafen, als Höchstpreise festgesetzt, als Mindestpreise 100.000 M. aufgelegt.

Der bayerische Landtag stimmt mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Auspruchbeschuß zu, wonach der kommunalistische Abg. Eisenberger, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, verhaftet werden soll. Eisenberger hat sich bisher seines Verhaftung durch die Macht entzogen.

Das sächsische Defizit. Der Schlußbetrag des ordentlichen sächsischen Staatsausfalls für 1923/24 beträgt nach den neuen Schätzungen etwa 161 Millionen Mark, wenn man einen Dollarkurs von 20.000 Mark und eine Höhe der Beamtengehälter von Anfang Mai 1923 zugrundelegt. Der außerordentliche Haushaltsplan erfordert eine Summe von 50 Milliarden ebenfalls bei einem Dollarkurs von 20.000 M. Bei dem heutigen Dollarkurs wird sich das Defizit in Wirklichkeit natürlich noch viel riesenhafter gestalten.

Das sächsische Verlangen zur Wahrung. Im Reichsausschuß zur Unterabteilung der Währungsangelegenheiten fragte Abg. Rauch (D. Bp.), ob nicht außer der Inflation auch die immer stärker werdende Verfallung an das Ausland, also die Aufzehrung der Substanz, das Vertrauen und damit die Währung selbst gefährdeter Präsident Sabentien erklärte, wenn das Substanzvermögen, also das, was die Schuld des Schuldners sichere, ausbleibe, so sei die Währung natürlich das Vertrauen zwischen Abg. Rauch fragte weiter, ob nicht, da die Reichs-

war an die Wirtschaft nicht verurteilt ist, als hätte an die Reichsbank, die Geldentwertung von der Reichsbank und nicht von der Reichsbank getragen werde. Kräftiger haben sie erwidert, der einzelne könne zwar die Wirtschaftswirtschaft an dem Wollen der Reichsbank durch die Aufnahme von Krediten erlösen, andererseits aber seien viele ihre Kredite auch länger freigegeben, wodurch die Summe der Gewinne vergrößert werde. Jedoch falls die Summe der Gewinne vergrößert werde, so würde die Summe der Verluste auch vergrößert werden, da die Wirtschaft nicht abläßt die Defizite aufstellen, das im Durchschnitt die Reichsbank den Schaden der Geldentwertung trage. Bankier Leeb teilte mit, daß es Verzugsweise gäbe, die nur noch in Goldmark rechnen. In Bahiermark fallen die Renten nur diejenigen, die nur im Ausland handeln oder weiterverarbeiten. Von den Sachverständigen wird dann mit Bedauern festgestellt, daß immer weitere Wirtschaftskreise in Deutschland ihre Statuten in fremder Währung aufstellen, wenn sie auch die Mark als Zahlungsmittel benutzen.

**Die Folgegebühren ab 1. Juli.**

Berlin, 7. Juni. Das Reichsfinanzministerium stellt, so daß am 1. Juli mit einer dreifachen Erhöhung der Folgegebühren und mit einer fünffachen der Fernsprechtsgebühren zu rechnen ist. Hinsichtlich wird doch diese Sätze aber nicht von längerer Dauer sein, sondern, da sie durch die Zeit mit gerechnet werden muß, daß schon in allerhöchster Zeit eine weitere Erhöhung der Folgegebühren folgen wird.

**Der Krieg gegen schiffliche Fortbewe.**

München, 7. Juni. Weiterbildungs wurden 8 Staatsbeamte mit ihren Familien aus der Pfalz ausgetrieben.

**Auslands-Rundschau.**

**Polenare kein belgisches Bütia.**

Polenare ist nach Beendigung der Konferenzen, an Brüssel von dem belgischen König empfangen worden. Der französische Ministerpräsident nahm die Gelegenheit wahr, um seinen Standpunkt in der Reparationsfrage auseinanderzusetzen. Er sei kein Geheimnis, erklärte der „Matin“, daß der belgische König ein besonderes Interesse an England sei und es sehr wünschte, daß England sich an den Reparationsverhandlungen beteilige. Polenare habe erklärt, daß er gleichfalls ein Zusammenarbeiten mit England wünsche, doch müßten sich die belgische und die französische Regierung vorerst über gewisse Grundfragen verständigen. Das Bütia teilt nicht mit, daß es Polenare entgegen ist, dem belgischen König von der Schiffschiffahrt seiner Gelüste zu überzeugen.

Bras. In der Staatsrat wurde eine umfangreiche Spionageaffäre aufgedeckt, die an der Grenze liegt. Es wurden mehr als 200 Personen festgenommen.

Paris. Der hier verhaftete deutsche Wg. Hülfsleiter habe den Krankenhausteiler wieder ins Gefängnis überführt worden.

**Handelsnachrichten.**

**Berliner Brienberichte vom 7. Juni.**

**Zweifelmärkte.** Die Kurse zogen etwas an, Waren aber nicht frei von Spannungen, die hauptsächlich wieder durch Abgeben der Reichsbank in Devisenkaufangelegenheiten bemerkt wurden. Die Reichsbank hat fast den einzigen Abgeber von Devisen bei der amtlichen Notierung.

**Brovntinmärke.** Die Devisen war entschieden fest. Weizen wurde von den Mählern aufgenommen, während Roggen von Handel anscheinend für die W-G gekauft wurde. Für Weizenmehl bestand größere Nachfrage, die größtenteils aus der zweiten Hand befriedigt wurde, da die Mählern in ihren Bestellungen zu hoch waren, Roggenmehl lag ruhig. Für Hafer waren wieder die Fiktionsfabriken im Markt, doch waren in der Provinz die höheren Forderungen leichter durchzuführen. In Weisse konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden. Mais bei ruhigem Geschäft im Preise wesentlich höher.

**Der Stand der Mark.**

Es folgte nach den amtlichen Notierungen der Mark:

1 holländischer Gulden	31047	80124	1,67
1 belgischer Franc	4398	4314	0,80
1 norwegische Krone	12666	12468	1,12
1 dänische Krone	14364	13865	1,13
1 schwedische Krone	21147	20349	1,12
1 italienische Lira	3690	3491	0,80
1 englisches Pfund	367800	355110	30,--
1 Dollar	79301	76807	4,20
1 französischer Franc	5107	4837	0,90
1 schweizerischer Franc	14314	13416	0,80
1 südafrikanische Krone	2359	2234	0,80
100 österreichische Kronen	111	102	85,--

Beizenmarken wurden mit 125 genannt.

**Warencarré.**

Warencarré (Mittels). Preise für 50 Kilo ab Station:

Beizen Markt	135 000—137 000	Roggen Markt	117 000 bis 118 000
Bromm	117 000—118 000	Sommergerste	90 000—96 000
Hafer Markt	90 000—92 000	Bromm	80 000—90 000
Mais maggotenfrei Hamburg	107 000 bis 109 000	Weizenmehl (100 Kilo)	370 000—410 000
Roggenmehl (100 Kilo)	280 000—320 000	Weizenkleie	56 000 bis 58 000
Raps	235 000	Einmal	240 000
Witvoren	135 000—145 000	kleine Sorten	100 000 bis 110 000
Butterbrot	35 000	Beizfleisch	105 000—110 000
Aberdohne	30 000—35 000	Widen	115 000—130 000
Wapine	145 000—155 000	Seroballa	240 000 bis 245 000
Bandwaden	30 000	Seidenwaden	140 000—145 000
Freudenfahne	30 000—37 000	Wollwäse	Ruderfahne 51 000—52 000
Ractofloeden	58 000—59 000	Formel	30 70 33 000—34 000 Markt

**Heu und Stroh.**

Größtenteilspreise für 50 Kilo ab Station: Drehtgr. Roggen und Weizenstroh 26 000—28 000, drabgr. Haferstroh 23 000—27 000, drabgr. Gerstenstroh 23 000 bis 26 000, Roggenlangstroh 24 000—26 000, bindabgr. Haferstroh 23 000 und Weizenstroh 23 000—25 000, handelsfähiges Heu 21 000—23 000, gutes Heu 25 000—26 000 W. Die Preise für Produkte einschließlich Heu und Stroh werden sich ab Station. Die Preise „ab Hof“ sind im Mittel etwa 20 Prozent niedriger.

**Die Feuerungsinterpellation.**

Aus dem Reichstage. — Berlin, 7. Juni.

Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation, die Feuerungsmaßnahmen in Folge der Markterhöhung fordert. Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die Interpellation und wendet sich zunächst gegen die „Zeit“, die wegen dieser Interpellation behauptet habe, die Sozialdemokraten wollten nur ihrem Agitationsbedürfnis nachkommen. Das Langenlohe die sogenannte Einheitsfront. Der Redner behauptet, daß in ausländischen Banken Devisen deutscher Kapitalisten aufgehäuft sind. (Zurufe rechts: Beweise.) Die Lohnempfänger seien die einzigen, die enteignet sind, die Besitztümer der Arbeiter werden durch die Inflation zerstört. Der Reichspräsident habe selbst anerkannt, daß Liquidationen mit Devisen in den bestehenden Kreisen vorgekommen seien. Diese Leute sollte man an den Pranger stellen. Seine rechneten im Reich nur drei Stellen noch nach Papientmarkt: die Steuerbehörde, die Wagn- und Geschäftsbank und die Reichsbank. Das Reich müsse eine Kontrolle der Stimmenschein Anlagen im Ausland. Das Reich müsse bereit sein an den Sachverstand der Industrie. Die Lohnsteuer der Arbeitnehmer bedarf der Milderung. Löhne und Gehälter müssen endlich an die Preise angepaßt werden. Der Redner bezieht sich auf die Interpellation des Ministers Dr. Becker. Von der Regierung und den bürgerlichen Parteien liege es, die Lösung der Krise innerhalb des Parlamentes zu ermöglichen, bevor die Mobilisierung der Waffen außerhalb des Parlamentes notwendig werde.

**Die Regierungserklärungen.**

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt als erster Regierungsdirektor Reichsminister Dr. Baumbach das Wort. Er erklärt, die Regierung erhalte von einer sachlichen Besprechung dieser Interpellation eine Befriedigung der Bevölkerung in der

jetzigen Notlage. Er gibt eine Übersicht über das was die Regierung zur Anpaßung der Renten, Wagn- und Gehälter an die Feuerung bereits getan hat. Die Beschlüsse befinden sich bereits in den Ausschüssen des Reichstages und Reichsrates. Einige sind sogar bereits verabschiedet.

Der Minister stellt eine angemessene Entschädigung für die Kurzarbeiter in Aussicht. Von der Marktlösungsaktion war ein Erfolg nur zu erwarten, wenn nicht Anordnungen den Anlaß zu neuen Preissteigerungen gäben. Dieser Gedanke wurde daneben auf den Preisabbau gelegt. (Zurufe links: Mit welchem Erfolg?) In den nächsten Wochen werden tatsächlich ein Preisabbau erzielt. Beim Eintritt der neuen Markterwertung zog das Arbeitsministerium die erforderlichen

**Lothopolitischen Folgerungen.**

In den großen Industriestädten sind auch tatsächlich Lohn-erhöhungen um 67 Proz. und mehr eingetreten, die Erhöhungen sind damit noch nicht abgeschlossen. Am Montag werden im Bergbau neue Lohnverhandlungen beginnen. Der Goldlohn bietet keinen Schutz gegen die weitere Verminderung des Reallohnes. Es seien Verbesserungen im Gange, einen Maßstab zu finden, der die Preisänderung der Kaufkraft möglichst schnell und richtigstig erklärt, und der bei künftigen Lohnverhandlungen zugrunde gelegt werden kann. Es soll also ein neuer Index herbeigeführt werden, das kann aber nicht so heute aufgesetzt werden. Im laufenden Monat soll angefangen die sprunghafte Preisentwicklung über den Weichsindex hinausgegangen werden.

Reichsfinanzminister Dr. Sverme erklärt, daß das Gesetz zur Umwandlung der Steuererträge an die Geldentwertung schon nicht mehr den zeitigen Verhältnissen entsprechen. Die Steuererträge seien jedoch abzugeben, die Veranlagung im Gange, und die Finanzämter würden bis zum Herbst damit beschäftigt sein. Man dürfe ihre Arbeit nicht durch eine Veränderung des Gesetzes ins Stocken bringen. Ein Ausgleich werde möglichst durch das neu vorgelegte Gesetz zur Verbilligung des Brotes. Auch hier reiche allerdings der vorgesehene Betrag in Höhe eines Vermögensanleihebetrages nicht mehr aus, es müsse eine Verbilligung stattfinden. Auch die Einkommen- und Vermögenssteuer müssen der Geldentwertung angepaßt werden. Der Antrag Warg will die Vorauszahlung für die Einkommensteuer zum 15. August und 15. September auf den geschätzten Betrag der Steuern von 1922 festsetzen. Wir werden aber voraussichtlich auf

**Den 20fachen Betrag**

kommen müssen. Auch die Besitzsteuern müssen der Geldentwertung angepaßt werden. Ferner ist eine beträchtliche Erhöhung der Verbrauchssteuern notwendig. Vor allem aber muß dahin getrebt werden, daß die im Ausland bestehenden unbegründeten Vorräte der Steuern und Finanzpolitik nicht noch weitere Nahrung erhält.

Reichswirtschaftsminister Dr. Söder wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Aufhäuser. Es ist richtig, daß die Löhne nicht den Preisen im gleichen Tempo folgen. Im Gegensatz zum Abg. Aufhäuser haben im Untersuchungsausschuß die Sachverständigen im Inland und Ausland angelegten Devisenbestände sehr gering eingeschätzt. Was dem Lebensgefühl der Einfuhr über die Einfuhr ist die Entwertung unserer Mark eine natürliche Folgeerscheinung. Trotzdem legen wir die Hände nicht in den Schoß. Das haben wir durch die Verschärfung der alten Devisenverordnung gezeigt, und wir bereiten weitere scharfe Devisenbestimmungen vor. Der Vorschlag einer Billigung der Einfuhr von Devisenhandeln bei der Reichsbank ist nicht durchführbar. Trotz der scharfen Vorschriften können wir uns nicht leisten, die Einfuhr von Devisenhandeln zu unterbinden, solange die Reparationslast auf uns drückt, kommen wir zu keiner Stabilisierung unserer Währung.

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. Das Haus vertagt sich darauf auf Donnerstag 2 Uhr.

**Geldjäger.**

Ein Roman aus der Gegenwart von Catherine Scholm. Übersetzt von Hans Ebert. M. B. S. Berlin 1924.

7. Bogen. (Nachdruck verboten.)

So sah nicht nur Frau Cloira, sondern auch Frau Emma und die meisten allein zu Haus, während des Abends der Herr Konjul sich die Brillanten in das gestärkte Frackhemd knöpfen ließ und, den Chapeau claque auf dem Haupte sich mit leuchtenden Händchen von seiner Emma verabschiedend, seinen mondänen Pflichten entgegenfuhr.

Nicht nur der Baron, sondern auch sein zukünftiger Schwiegerater lernten die beborgenen, verschwiegenen Vermögensgegenstände der Großstadt kennen; auch Herr Klein, der ein Leben lang Arbeit hinter sich hatte, begann sich in letzter Stunde, daß es mangelnde Gak, daß er überleben und verzehren hätte, er ließ sich von Zaun-Kapellen umfarnen und machte seine ersten kurrenischen Lungen auf einen hohen Parfisch hinauf.

Seine Freude an sich selbst und einer leichten Verbordenhalt, die er plötzlich in sich entdeckte, war groß, ja des Barons einseitige Beschäftigung und Ungeheimlichkeit war nun auch in ihm regte, er ließ sich von der Hofstadt der Vermögensgegenstände tragen, und der Herr Bismarck Klein wurde über kurzen ein bekannte Nachfigur.

Es konnte nicht ausbleiben, daß der Baron und der Herr Bismarck sich einmal an einer Stelle begegneten und jeder von dem anderen einen schiefen Eindruck empfing. Denn es ist nun einmal eine Tatsache, daß oftmals das was bei uns selbst gefällt, uns bei den anderen einen schiefen Eindruck macht.

Auch mußte der Baron zugeben, daß sein kommenber Schwiegerater es verstand, sich äußerlich dem Weltgerichte anzupassen, da er eben ein Ausrunder dieser Zeit oder vielmehr zur besser sehr herrlichen Stunde war; doch hielt der Baron es keineswegs für passend, daß ein solcher Lebensritzer den Weltmann auf breiter Basis spielte und das immerhin von einem, seines kommenber Schwiegeraters Geld. Denn jenes Geld, das der Herr Bismarck mit vollen Händen hinauskreuzte, ging doch dem kommenber Budget seines Schwieger-

Johnes ab, und die heutige Generation ist nun einmal der Meinung, die schiere müßte rechtschaffen und unermüßlich arbeiten, um ihren Kindern das Nötigste zu sichern.

Auch Herr Klein besaß von der Begegnung mit seinem neuen Schwiegerater einen unangenehmen Eindruck. Sollte ihm auch die Person mit den langen, grünen Ohrehängeln, in deren Gesellschaft der Baron beim Geste lag, sehr gut gefallen, so hätte er sich doch lieber für selbst als diesem jungen Frack gegönnt; denn da er Klein und ein wenig von jüdischem Wagnen war, importierte ihm diese schlaffe, überaus lange Nase mit den mandelförmigen Augen und ihrem eigenartigen Namen ungemün. Sie war natürlich, die alle diese Damen, eine geschickte Frau, sie umgab sich mit dem Nimbus des Geheimnisvollen und mit einem reifenhaften Weichsinn, der nicht bezagt war, den der Baron mehr zählen konnte noch wollte und den Herr Klein schließlich nach Ablauf eines weiteren Monats zählen mußte.

Baron folgermaßen im Verborgenen und Verschwiegenen neue verwandtschaftliche Beziehungen zwischen dem Baron und seinem kommenber Schwiegerater hergestellt, so war die einseitige verwandtschaftliche Regelung dennoch erheblich zwischen ihnen gerührt; ja der Baron behauptete, daß Herr Klein nicht als Gentleman gegen ihn gehandelt habe, während doch gerade Herr Klein sich von jeher als Ehrenmann bezeichnet hatte, wieweil er in diesem Falle nicht geneigt schien, seine Emma als Zeugin anzunehmen.

Es hieß ein Mißverständnis herauszufindern, wollte man glauben, Herr Rentner Klein solle hier in einem unympathischen Sinne gemeint werden. Im Gegenteil: Herr Klein war ein sympathischer Herr, der sich manches im Leben vertragen hatte, und wenn er sich jetzt auch einmal etwas vom Leben nahm und in Konkretem zu demen trat, bis dem Baron niemals etwas gefiel, immer es nur lauwarm befand. So war es ihm nicht eigentlich zu verzeihen. Auch wurde er durch seine Lebensreform viel freundlicher zu seiner Emma, die denn überhaupt die kommenber schiefen Chemiker oft einen weit besseren Charakter gegenüber ihren Frauen bekamen als die kommenber guten, die aus gutem Gewissen niemals unethisch sind. Das ist die Tragödie: die die Weichen unethisch, legen sie ihrem Vortier ohne ihre Unethischkeit zur Last.

Doch um sich nun mit Frau Cloira zu beschäftigen, so war diese wiederum genesen, wieweil sie eine fränkische Maie betheilt und mit ihrem Schicksal, mit dem sie sich für das Moment zwischen zwei Stühle gesetzt hatte, nicht recht zu freiden war.

Eigentlich bezag sich in ihrem Dasein nicht mehr Neues die Situation fingierte. Mit ihrem Gatten stand sie fern und küß, der Baron kam immer seltener und ward immer reservierter, und Herr Klein kamte sich in seinen eigenen Entschließen nicht mehr recht aus. Er sah allerbalden Rednung an, man möge, in der freischer von Aberrungen hätte die zu perknern, unter dem Druck der Situation einen neuen, und zwar sehr erheblichen Vorstoß zu verlangen. Außer sich gelaunt gab Herr Klein schließlich — um seine Löhne zu haben — die geforderte Summe, die der Baron in seinem Sinne anlegte und die Herrn Kleins verdecktes Argernis und einer geheimen Zorn gegen das ganze verdammte mondäne Getriebe um das ganze polizeiwidrige Getriebe der Großstadt ermedete!

Er sagte zu seiner Emma, die ihm ergeben lauschte, a habe das Ganze nur mal, um zu sehen was dahinter ist, ihm magt, er sei das seiner neuen Stellung schuldig gewesen oder er habe eingesehen, es sei nichts und gar nichts da hinter!

**IX.**

Baron somit die Gedanken des Konjuls Klein vom Schick sale seiner Tochter abgelenkt gewesen, hatte dafür Frau Cloira genügend freie Zeit gehabt, über die Schicksal nachzudenken. Sie entwarf sich innerlich immer mehr von ihrem Manne, sie neigte immer mehr dem Baron zu, der jetzt, wo er sie gleichfalls schlicht behandelte, ihr immer besser gefiel. Sie, die Verwöhnte, die sonst alles leicht und mühelos erhielt, bemühte sich nun in ihrem Herzen um den ungetreuen Verehrer, der eine entsetzliche blasierte Maie zu Echow trat, der bloß und übermäßig ausnahm und von dem sie glaubte, daß er heimlich zu sie hätte. Sie wurde dasmal annehmbarer, und der Baron, der in letzter Zeit mit immerwährender Überführigkeit war, nahm es kühnlich hin und litt auf seine Weise.

Endlich beschloß Frau Cloira, allem Schmetze definitiv ein Ende zu bereiten und den Baron zu heiraten.

# Provinz und Nachbarstaaten.

Freiburg, den 8. Juni 1928.

**2. Kur-Verbreitungs- und Verteilungsfrage.** In Reichsbesitz wurden am Montag die von Reichsfinanzministerium vorgelegenen letzten Erhöhungen der Postgebühren, die teilweise sogar über die vor der Postreform selbst gewöhnlichen Sätze hinausgingen, beraten. Im Laufe der Verhandlungen legte die Postverwaltung eine neue, ungenutzte Vorlage vor, die eine Vereinfachung der Fernspreckgebühren und eine Vereinfachung der Fernpostgebühren durchgeführt sehen will. Die Fernspreckgebühren werden verdrängt, indem Abrechnungen vorzunehmen werden. Der Reichsbesitz stand allgemein auf dem Standpunkt, daß die Gebühren, wie sie in der zweiten Vorlage vorgelegenen seien, nicht als zu hoch bezeichnet werden können. Er trat aber Bedenken, legt im Einzelnen eine in sprunghafter Erhöhung vorzunehmender und brachte zum Ausdruck, daß für die eigentlichen Erhöhungen die Gebühren nur verdrängt werden müßten. Aufwendungen könnten dabei vorgenommen werden. Besondere Erwähnung verdienen aber die Fernpostgebühren. Die Abrechnung müßte man auf das Deutsche festlegen. Bei den Fernpostgebühren ist die Reichspostverwaltung eine siebenjährige Erhöhung vor. Der Reichsbesitz wollte einer solchen nicht zustimmen und hielt eine fünfjährige Erhöhung für angemessen. Die Reichspostverwaltung erklärte, daß sie erst nach weiteren Beratungen pflegen müßte, ob sie sich mit diesen Vorschlägen des Reichsbesitzes einverstanden erklären könne. Eine Einigung kam zu Stande über Teile der Paketgebührenliste, bei der ein Paket von 3 bis 5 Kilo in der ersten Zone 1200 M., in der zweiten und dritten Zone 2400 M. kosten wird. Weiter wurde die Grundgebühr für Postanmeldungen mit 200 Mark für 5000 M. angenommen, die Grundgebühr für Postgebühren mit 50 M. für 5000 M., und die Telegrammgebühr mit 500 M. Auf alle Entfernungen wurde außerdem die Telegrammwortgebühr von 250 M. angenommen.

**Schweizer Staatsangehörigen an die Beamten.** (In Höhe von 300 000 Mark). Auf Grund von Runderlagen des Finanzministeriums finden heute überall Vorarbeiten statt an die Beamten und Staatsarbeiter statt. Im Durchschnitt erhält jeder Beamte eine sofortige Veranlassung von 300 000 Mark. Es wird keineswegs verkannt, daß auf der einen Seite in weiten Kreisen der Staatsangehörigen der Wunsch besteht, daß man dem täglichen Steigen der Preise durch eine sofortige neue Lohnsteigerung begegnet. Auf der anderen Seite ist man in maßgebenden gewerkschaftlichen Kreisen jedoch sehr nach der Notwendigkeit beseelt, zunächst abzuwarten, welche Kaufkraft die bevorstehende Erhöhung bei den in Frage kommenden Stellen finden wird, da hieron die geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches, die sich dazu auch auf die Lebenshaltung auswirken müssen, abhängig sein werde.

— Im Anschluß an das Deutsche Zerkeln in München sollen Tausenderten von ein- bis zweijähriger Dauer in die weitere Umgebung Münchens stattfinden. Es sind etwa 100 000 verschiedene Fabriken nach Tegern- und Schliersee, Benediktiner, Rosch-Walchsee, Starnberg-see, Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau, Wannenberg, Oberammergau, Hirs-Heerenheim, Berchtesgaden vorgeschlagen. Die Annehmungen dazu müssen spätestens am 8. Juni in München sein, ebenso ein Voranschlag von 2000 M. für jeden Teilnehmer. Anmeldungen ohne Lebensversicherung sind als Postfachkonto Orlaustrasse für Gegenübertragungen München Nr. 28 107 zu den nicht verbindlich. Am 21. Juli sollen jedoch nach Tegernsee, Walchsee, A. Heim, Befreiungsbahn, Kloster Weltenburg und nach Dnießbach, Anführung der „Rindsee“ sowie am 22. nach Rothberg ob der Tauber. Ausführung des Meistertums veranlaßt werden.

× **Theater.** Im Hotel zum Löwen veranstaltet am Sonntag den 10. Juni 7½ Uhr das Ensemble der Hilschen Operettenbühne Direktions Mich. Sacher wiederum einen Operettenabend, an welchem die entzückende, melodienreiche vollständige Operette „Drei alte Schachteln“ von beliebtesten Operettenkomponisten Walter Kollo zur Aufführung gelang, die Kostümgestaltung stellt wiederum das Atelier Jengner und Kiesel, Galle. Der einen wirklich ungewöhnlichen gemütlichen Abend verbringen will, veräume nicht sich am Sonntag, den 10. Juni die Operette „Drei alte Schachteln“ anzusehen, er wird sicher auf einige Stunden bei höchstem Humor und höchsten Gesangs- und Tanzweisen den Schwärzen, grauen Klang verpassen. — Der Billetverkauf ist im Hotel z. Löwen.

**Haarung.** Zum Brande der Spielwarenfabrik Gerold z. Wulfer ist noch mitzuteilen, daß durch die verschiedenen Explosionen eine Anzahl Fensterheben der Nachbarhäuser eingestürzt sind, ein Fenster ist sogar samt dem Rahmen herausgeschlagen. Die großen Glastürenfenster der Hofpfeiler sind gänzlich zertrümmert. Ein eigenartiges Schauspiel boten die zu Tausenden und Abertausenden in die Luft geschleuderten glühenden Gietron-Metallstücke, die mit blauen Flammen leuchtend bis zur Adreßstraße und Reichshauptstraße geschleudert worden sind und dort halb zerquetscht aufgefunden wurden. Halberkohlste größere Papierwerke von Kopsbedungen, Turbanen, Mützen usw. lagen vor der alten Stadtmauer und waren hochgeschleudert, über die hohe Ringmauer hinweg, in den Kronen der Bäume hängen geblieben. Auch ein hoher Aufschuß aus Holz inmitten der grünen Anlagen fing plötzlich lichterloh zu brennen an. Es waren glühende Holzstücke hernüßgeschleudert worden und hatten sich entzündet. Angesichts des Umfanges, daß binnen überaus kurzer Zeit die sämtlichen Seitengebäude und Schuppen, sowie das Hintere Gebäude ein Flammenmeer bildeten, wurde die Vermutung laut, daß der Brand angelegt worden wäre. Der Schaden, den der Brand verursacht, ist nicht abzuschätzen. Die Kosten betragen etwa 100 Millionen Mark. Die Kosten anfallend müssen sein. Die Gebäude, die das Feuer zu einem Trümmerhaufen verwandelt, bildeten die Arbeitsstätte mehrerer Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. Einige das Lager und den Vorrat für Holzstücke und Fertigfabrikate. Tausende von Feinarbeitern, welche durch Beschäftigung und Verdien. Der Betriebsleiter, der auch dem bereits glühenden Werkstätte Geldbeiträge rettete, hatte sich dabei schwer die Hände verbrannt. Ein dritter Feuerwe-

mann, der behalve einen gefährlichen Platz gehen hätte, sei von zwei Kameraden davon bewahrt worden.

**Halle, 5. Juni.** Am Sonntag fand eine Tagung der Handwerker statt, die die Gründung einer Ortsgruppe des Mitteldeutschen Handwerkerbundes zum Ziele hatte. Stabsverordneter Flugzeug-Abteilung erläuterte die wirtschaftlichen Ziele des Bundes, die sich zu allem gegen übertriebene behördliche Bevormundung und örtliche Kommunalisierungs- und Sozialisierungsbestrebungen richten. Der Mitteldeutsche Handwerkerbund soll neutral sein. Er unterstützt die Parteien, die gewillt sind, das Wirtschaftsprogramm zu einzustellen und so zu verabschieden, wie es das Handwerk wünscht und gebraucht. Dr. Bogler-Erfart verwies besonders auf die schwierige Lage des Handwerks. Das Betriebskapital ist aufgebraucht und die Lager sind geräumt durch die Selbstentwertung. Die Schwerindustrie mit ihrer Kart.Politik hat sich restlos erhalten. Auch die Einzahlung in Mitteldeutschland 600 000 Arbeitstage im Handwerk, gegenüber 900 000 in der Industrie. Riemlich 80—100 Milliarden Mark werden in mitteldeutschen Handwerk umgelegt.

In Leipzig ist es am Mittwoch zu größeren Streikern gekommen, bei denen es auch 7 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben hat. Im einzelnen wird darüber berichtet:

**Nachmittags gegen 4 Uhr** sammelten sich an der Grimmaischen Straße etwa 200 bis 250 Mann, die von der Ortspolizei aufgehalten wurden. Die Beamtinnen wurden unter Zuhilfenahme von Schüssen und Gasen, jedoch Verhaftungen herbeigeführt werden mußten. Der Zusammenstoß war die Menge durch Reueigere verstärkt worden. Die Beamtinnen wurden bis zur Mittelstraße zurückgedrängt. Gegen 6 Uhr begann auf dem Augustplatz die von der S. S. P. D. Großplatzige und dem Gewerkschaftsstellvertreter

## Demonstrationsversammlung.

In großen Zügen marschierten die Arbeiter aus den Betrieben und in Richtung der Fabrik hin an, wobei zahlreiche Ordner für angelegten Aufmarsch locaten. Die in der Grimmaischen Straße befindliche Menge nahm gegen die Teilnehmer an der S. S. P. D.-Demonstration eine immer provozierendere Haltung ein, bis man sie mit Steinen und verlangte der Abzug der Beamtinnen, was abgelehnt wurde. Der Aufmarsch der Gewerkschaften und der Parteien legte sich ins Mittel und verjagte vergeblich, die Menge zurückzudrängen. Die Mitglieder des Ordnungsdienstes wurden teilweise von der Menge verdrängt. Hieraus wurde

ein größeres Polizeiaufgebot eingesetzt.

Nachdem der Ordnungsdienst eingesetzt hatte, daß er der Lage nicht Herr werden konnte, trat er zurück und hat die Polizei, sich ins Mittel zu legen. Die Polizei wurde erneut von der Menge angegriffen und mit Steinen bedroht. Einem Beamten wurde mit einem Seitengewehr in den Rücken gestochen, so daß sich zwei Beamte bemühen mußten, das Gewehr wieder heraus zu ziehen. Der Beamte ist abends im Krankenhaus gestorben. Eine Anzahl von Polizeibeamten wurde verwundet. Aus der Menge fiel ein Stein, der das Zeichen zum erneuten Aufmarsch war. Darauf wurden von der Polizei ohne Befehl Schreckschüsse abgegeben und als das nichts half, in die Menge geschossen. Als Folge davon blieben 6 Tote und einige 20 Verwundete auf dem Platze.

Der Inwischen von den gewerkschaftlichen Demonstranten gedumme Platz wurde darauf von einer bezirksweisen Polizeiaufgebot gelöst. Dann ist es wieder allmählich schnell ruhig geworden, jedoch sammelten sich immer wieder Gruppen von Reueigern an, die von der Polizei vertrieben werden mußten. Gegenwärtig ist die Lage normal. Von den Polizeibeamten sind 15 zum Teil erheblich durch Steinwürfe und Schläge verletzt worden.

## Die Zahl der Opfer.

Im Krankenhaus Jakob sind 37 Schwerverletzte und über 80 leichter Verletzte behandelt worden. Die Zahl der Toten steigt immer noch nicht fest. Es sind zwischen 6 und 8. Es ist nicht festzulegen worden. Unter den Toten wurden wiedererkannt der Buchhändler Müller und zwei Jüdischen namens Köster und Donbrodt.

## Veranstaltungen und Unruhenberichte in Leipzig.

Anfolge der blutigen Kämpfe erließ der Polizeipräsident von Leipzig eine Verordnung, monach wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Versammlungen und Unruhen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt Leipzig sind als weiteres verboten werden. Die Polizei wird mit allen verfügbaren Mitteln gegen jede verbotswidrige Versammlung oder Versammlung einschreiten.

**Sangerhausen.** Neue Kupferlager wurden in der Gemarkung Groß-Weinungen bei Sangerhausen erhöht. Das Oberbergamt Halle erteilt daraufhin dem Bergwerksbesitzer v. Eller. Es sei, worauf bei Sangerhausen, unter den Namen „Kupferbergwerk Süd-berg“ Bergwerksgewinnung, 2 Millionen Kubadmeter groß zur Gewinnung der dort lagernden Kupfer, Silber, Blei, Zink, und Nickelzinn.

**Schlagze.** In Duisburg ist Ende der vorigen Woche der 20 Jahre alte Sohn des Gürtlermeisters Kniebauer aus Schwag, der in Duisburg als Elektromonteur tätig war, von der Belgien s schiffen worden. Er war ohne sein Wissen beim Hingange zum Besuch seines Freundes einem Transport Getreide zu nahe gekommen und ist dabei von einem Balken erschossen worden.

**Waldenau.** Am Freitag ist die 63jährige Witwe Karoline Ströbl aus Würst etwa 500 Meter vor dem ersten Waldstück bei Waldenau erkrankt worden. Es liegt offenbar Brandrod vor. Frau Ströbl, die auf dem Lande wandeln wollte, hatte etwa 1½ Uhr. Mitt. bei sich. Der noch unbedachte Akt hat die Erkrankte anscheinend mit einer Pistole gar durch den Kopf getroffen, so daß sie sofort tot war. Nach der Tat hat er die Leiche etwa 50 Meter vom Wege entfernt ins Gebüsch geschleift.

**Dresden.** Das erste Turmbau in Dresden ist jetzt fertiggestellt. Es handelt sich um einen Ausbau der Erneuerungswerke in der Schandauerstraße. Das Gebäude ist ein 12geschossiger Hochhaus von 45 Meter Höhe auf 840 Quadratmeter Fläche, dessen oberstes Geschöß mit der Kuppel als Sternmarke dienen soll.

## Mitteilungen aus aller Welt.

\* **Vertrag von Aufzucht.** Die in den schiffischen Staatsstaaten noch vorhandenen Schiffmengen sollen nach einer Regierungsverordnung nicht abgegeben, sondern unter Vermeidung besonderen Aufwands an Ort und Stelle nach dem Metallwert veräußert werden. Hierbei ist ein Mindestsatz von 7 Mark für das Pfund und 12 Mark für das Zweifelhingewicht zugrunde zu legen.

\* **Verleumdung des Reichsbesitzes.** Der Präsident der bayerischen Landesbank für Pfandbriefe und Pfandbriefe Prof. Dr. Lorenz Zillner ist im 62. Lebensjahr plötzlich gestorben. Er hat sich durch seine hervorragenden Leistungen der Landesbank einen wohlverdienten Ruf erworben.

\* **50 Millionen in der Reichsdruckerei veräußert.** Seit einigen Wochen vermisst man in der Reichsdruckerei ein Paket ausgedruckter, bis auf die Kontrollnummern fertiger 50 000-Markscheine im Wert von 50 Millionen. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden, ebenso hat man die Kriminalpolizei von dem Verlust in Kenntnis gesetzt. Bisher besteht kein Grund zu der Annahme, daß das Paket gestohlen worden ist. Möglicherweise findet sich das Paket aus wieder an. Immerhin ist das Personal durch Anschlag von dem Verlust in Kenntnis gesetzt und darauf hingewiesen worden, daß für die Wiederherbeschaffung eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt ist.

\* **Probefahrt des neuen Passagierdampfers „München“.** Ein auf der Ektetter Kulkammert für den Norddeutschen Lloyd erbauter, 13 225 Bunttoregister-tonnen großer, künstlich ausgepusteter Passagierdampfer „München“ erlebte während seiner Ueberführung von Bremerhaven nach Bremen seine Probefahrt. Auf Grund vorliegenden Gegenbescheides übernahm Generaldirektor Stimming im Großen Belt unter warmer Anerkennung der Leistung der Werft, der Künstler und Arbeiter das Schiff für den Norddeutschen Lloyd. Mittwoch nachmittags fand bei Halbmar gefeierter Flagge eine einunddreißigstägige Probefahrt statt, woran sämtliche geladenen Passagiere teilnahmen. Abordnung der Regierung und Vorbesitzer teilnahmen. Mit Worten unauflöslicher Dankbarkeit gedachte Generaldirektor Stimming der in der Stageratschlag gefallenen deutschen Seeleute, welche ihnen einen von der Kommandobrücke aus abgesehenen Kranz aus frischen Blumen. Nach gemeinsamem Besatz des Deutschlanddecks feierten „München“ die Fahrt nach Bremerhaven fort. Der Dampfer tritt seine erste Reise nach New York am 21. Juni an.

\* **Wider Streik in Derschliffen.** In Derschliffen sind auf verschiedenen Gruben, insgesamt etwa 7000 Arbeiter, insbesondere der Heintzgrube, Hohenpöllinggrube, Karlen-Zentrum und Jüttensteine, verschiedene wilde Streiks ausgebrochen, die einen nicht unerheblichen Teil der Arbeiterzahl hinter sich haben. Die Arbeiter dieser Gruben sind in der Regel politischer als durchschnittlicher Parteizugehörige. In der Streikbewegung tritt ein gewisses Interesse an der Streikbewegung allgemein. Auf der Heintzgrube ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden und von den übrigen Gruben haben sich zahlreiche Arbeiter zur Vermittlung von politischen Schied, da ansehend ein harter Zerror ausgeübt wird. Die Gewerkschaften selbst haben jede Mitwirkung an dem Streik abgelehnt und auch nicht die Vermittlung von Verhandlungen unternommen.

## Andr.-Chronik.

\* **Verleumdung des Postbeamten.** Acht Postbeamte aus Gostrop, Forthen, Landau (Wald), Aachen, Aresfeld, Dinslaken wurden zu insgesamt 27 Monaten 8 Tagen Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Gründe: Teils unbedacht, teils wegen verweigerter Preisermäßigung.

\* **Der neue Fall Schlager.** Wie die Franzosen einen neuen Fall Schlager vorbereiten werden, geht aus einer Meldung hervor, zu deren Veröffentlichung die Zeitungen von den Franzosen gezwungen wurden. In der Meldung heißt es: „Der Hauptverhörer der Sabotageakte auf der Bahnstrecke Mitternadi-Rheingoldheim ist verhaftet worden. Er hat ein schlagendes Geständnis abgelegt. Der Verdächtige ist der Ingenieur Paul Schlager von der Badischen Anilin- und Sodaabrik, er war früher Offizier in der deutschen Armee.“ Ueber die Einzelheiten eines derartigen „Geständnisses“ ist bisher noch nichts bekannt geworden. Die französische Radkritik ist dabei mit Vorsicht aufzunehmen.

\* **Ein neuer Mord.** In der Nacht zum 5. Juni wurde ein junger Arbeiter, der in der Nähe der Eisenbahn in Korfchenrodt wohnte, von einem belgischen Polen angefallen. Er lag kurz darauf seinen Verletzungen.

\* **Arbeitslosigkeit unter dem Druck der Wirtschaft.** Die Woche „Graf Bismarck“ bei Gelsenkirchen scheint nur zur Hälfte kommen zu wollen. Mindestens fünfmal wurden die Zeitungen von den Franzosen gezwungen, auf Grund streit einzutreten. Neuerdings sind in den Abwechslungen der Kohlenverarbeitungsindustrie beschäftigt sind, mit einigen Gichtkranken in der Schloßerei der Zeche, ungenutzten mit den nötigen militärischen Schuß, und verweigerten sich, die Arbeit zu verrichten, wurden jedoch unter Verhütung von angefangenen Streikbewegungen zur Arbeit gezwungen. Während dieser Arbeit erkrankte ein Mitglied des Betriebsrates. Auf seine erkrankte Frage, was vorgehe, wurde er gefragt, ob er auch etwas zu sagen habe. Er wurde dann bedroht und getrieben. Aus diesem Anlaß trat die Gichtkrankheit aus neue in einen Abwehrzustand ein, dessen Ende noch nicht festgelegt wurde.

Unsere Bekanntmachung vom 8. April 1923 wird bekräftigt, das die Ausführungsverordnung zum Reichswohnungs- und Mietgesetz für die Stadt Teuchern vom 6. November 1922 keine die Festlegung von Zuschlägen zur Grundmiete nicht dem ursprünglichen Wortlaut des Beschlusses des Preisauausschusses in Weisenfels vom 5. Oktober 1922 sondern dem Wortlaut des nach Abänderung durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 19. Februar bestätigten Beschlusses entspricht.

Dieser Beschluss nebst ein Beispiel zur Berechnung der gesetzlichen Miete ist in Nr. 73 des Weisenfelder Tageblattes vom 27. März 1923 veröffentlicht.

Teuchern, den 6. Juni 1923.

Der Magistrat.

**Der Kirchenanhang der Ruhndorfs-  
mühle am Dammtweg soll  
Sonntag, den 10. Juni vorm. 10 Uhr  
meistbietend verpachtet werden.**

E. Hähndel.

**Achtung.**

Sonntag, den 10. Juni nachmittags 2 Uhr findet im Gasthof zum grünen Baum eine

**öffentliche Volksversammlung**

statt. Thema:

**Die Verelendung der Massen  
und die Genossenschaften.**

Referent: Herr Dr. Carl Bittel, Weisenfels.  
Arbeiter, Einwohner von Stadt und Land erscheint in Massen.  
Die Ortsverwaltung der R. P. P.

**Lohnhobeln**

auf 60 cm. breitem Dichtenhobel, führt aus

**Franz Poser, Dampfagewerk,  
Obermerseburg.**

Für die Schreibmaschine empfehle:

**Durchschlagpapier  
Kohlepapier**

Papierhandlung R. Lieferenz.

Geräucherter

**Ostsee-Flundern**

à Pfd. Mk. 4000.—

empfeht ganz frisch

Ferd. Gresse.

**Lichtspiele Gasthof Gröben.**

Sonntag, den 10. Juni 7 1/2 Uhr Abends

**Das Riesenprogramm**

wieder in 11 Akten.

**Aus den Geheimnissen  
des Orients**

5 Akte

**Bertram im gefährlichen Alter**

Großes Lustspiel in 4 Akten. Dazu

**Charlin Chaplin im Warenhaus**

2 Akte.

Zahlreichen Besuch erbitet der Besitzer.

**Achtung!**

**Runthal.**

**Großes Geld-Preisregeln**

bei Abschluß von 6000 Loosen à Los 3 Kugeln 200.— Mk

1. Preis 100 000 Mk.
2. " 75 000 "
3. " 50 000 "
4. " 30 000 "
5. " 15 000 "

Anfang Sonnabend, d. 16. u. Sonntag, d. 17. Juni

23. " 24. " 1. Juli  
30. " 8. "

Punkte- und Prämiengeber werden gegahlt.

Es laden freundlichst ein

er Regelklub,

Franz Giesch.

Das große

**Gardinen-**

**Spezialhaus M. Köppel** Inh: Otto Arneemann  
Hauptgeschäft: Naumburg, Weingarten 21  
Zweig Niederlassungen: Hamburg, Barmbeck,  
Jena, Löhnerstr. 6, Weissenfels, Kl. Kalandstr. 9,  
bietet trotz der grossen Preissteigerung in  
Preiswürdigkeit, Qualitäten und Auswahl  
noch ganz besondere Vorteile.

Gardinen, Stores, Tüllbettdecken, Leinen-  
und Kaffee-Decken, Vorhängeleinen, Mad-  
ras, alle Gardinenstangen, Ausführung  
moderner Innendekoration.

**Achtung.**

**Runthal.**

**Achtung.**

Sonntag, den 10. Juni findet im Gasthof Runthal ein  
**großer Theater-Abend**

statt. Zur Vorführung gelangt

**Preciosa**

in 5 Akten.

Ausgeführt vom **Arb.-Ges.-Verein Gröben-Runthal**.  
Einen genussreichen Abend versprechend, laden ganz ergebenst ein

der Vorstand,

der Wirt.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei Geschäftsleiter J. Giesch,  
Gröben und Gasthof Runthal.

Saalöffnung 6 1/2 Uhr.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kirchliche Nachrichten**

am 2. Sonntag nach Trinitatis  
(10. 6. 1923)

Rollekte für Pödingtal-  
Sittlichkeitsverband.

Teuchern: Vorm. 10 Uhr: Hr.

Leigmann.

Nachm. 7 1/2 Uhr: Hr. Ober-  
gottesdienst. Oberpr. Pa-  
gemann.

Gröben: Vorm. 10 Uhr.

Oberpr. Pagemann.

Untermerseburg: Vorm. 1 1/2

Uhr. Hr. Leigmann.



**Frei-  
Feuerwehr  
Teuchern.**

Sonntag, den 10. Juni,  
früh 7 1/2 Uhr

**Übung.**

Um zahlreiches Erscheinen

bitet

Der Vorstand.

**Asklepia.**

Sonntag, nachm. 2 Uhr

**Versammlung**

im Grünen Baum.

Der Vorstand.

Zu gg. H. Hest mit Ger.  
u. Kiviich, auf dem Land bei  
Teuchern wird eine selbständig  
arbeitende **Wirtschaftlerin** z.  
lof. oder bald. Antritt gesucht.  
Kartgeld u. Reiseflosten werden  
erlegt. S. H. Ang. u. **1. 700**  
an die G. schft. ds. Bl. erb.

**Denjenigen**

welcher mit am Sonnabend  
von meinem Bruchwagen das  
Seitenbrett gestohlen

hat, ersuche ich bis heute abend  
um Zurückgabe.

R. Schiele.

S. J.

Bin unter  
**Nr. 42**  
an das Fernsprechnetz Teuchern  
angeschlossen.  
**Otto Beer,**  
Fleischernst.  
Teuchern, Bergstr. 14.

**Teuchern - Hotel zum Löwen.**

Sonntag, den 10. Juni abends 7 1/2 Uhr  
**Gastspiel d. Halle'schen Operettenbühne**  
Dir. Richard Sager.

Die schönste und vollstündlichste Operette der  
Neuzeit.

Fröhlicher Humor. — Heideklänge Musik.

**Drei**

**: alte Schachteln :**

Operette aus der Weimarerzeit in 1 Vorpiel  
und 3 Akten von Hermann Goller.  
Musik von Walter Foll.

**Conditorel u. Café H. Sachse.  
Die urfideien Alpensänger**

Dir. H. Schmidt.

**Tiroler Schrammler**

geben am Sonntag ein stimmungsvolles

**Frühschoppenkonzert.**

Frl. Sch. ist Wiener Sängerin und wird ihr Bestes hier-  
zu beitragen.

Anfang vorm. 1 1/2 Uhr, nachmittags 1 1/4 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet **H. Sachse.**

Täglich verschiedene Sorten **Eis.**

**Grüner Baum, Teuchern.**

Sonntag, den 10. Juni 1923

**grosser humoristischer Abend**

Musik — Gesang — Vorträge.

Ausgeführt von ehemaligen Mitgliedern der

Naumburger Schaubühne.

— Vorzüglich gewähltes Programm. —

Nach der Vorstellung

**Kavalier-Ball.**

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Es wird gutes geboten und lade ich freund-  
lichst ein. **Carl Müller.**

**Metallbetten | Blumenkrippe u.**

Stahlmattagen, Kinderbetten

u. an Priv. Kat. 99 E. frei

Stimmobfahrit Gschl. (Dür.)

**Wasswanne**

zu verkaufen.

Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

**Löwen-Diele. (Hotel z. Löwen).**

(Eigene Konditorei).

Sonntag, d. 10. Juni von 4 Uhr an

**Künstler - Konzert**

von 8 Uhr

**Kabarett-Einlagen**

Herr Hans Drechsel

der hervorragendste Humorist

vom Tenho-Varieteo Battenberg, Leipzig.

Um gütigen Zuspruch bittet

Fr. Wentzke.

**Geschäftspapier**

empfeht billigt

Papierhandlung R. Lieferenz.

Heute Vormittag verstarb unerwartet  
mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwie-  
ger- und Grossvater, der Kupferschmiedemst-  
**Robert Steinbrück**

im 67. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bittend, allen Freun-  
den und Bekannten zur Nachricht.

Teuchern, d. 7. Juni 1923.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

**Hermine Steinbrück** verw. Köhler

geb. Jahn.

Beerigung Sonntag nachm. 1 1/2 Uhr vom

Trauerhause.

Versteigerung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

# Wöchentliches Anzeiger und Umgegend

für Teuchern

Anzeigepreis: Die sechsgehaltene Fortpflanzung 100.— M., Restanzen 200.— M.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, am Donnerstag, Mittwoch und Freitag, ebenfalls 6 Uhr für den folgenden Tag.



Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Bank 1550.00 M., von unseren Verlegern 1600.00 M., Einzelnummer 150.00 M.

Bestellfrist für den monatlichen Bezugspreis: durch unsere Bank 1550.00 M., von unseren Verlegern 1600.00 M., Einzelnummer 150.00 M.

Amiliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 66

Sonnabend, den 9. Juni 1923

62. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

- Die deutsche Note ist den alliierten Regierungen überreicht worden.
- Als Ergebnis der Brüsseler Konferenz wird mitgeteilt, daß Belgien und Frankreich bei ihren Forderungen bezüglich der Ruhrfrage bestehen.
- Am Freitag wurde über die sozialdemokratische Kennzeichnungsempfehlung verhandelt.
- Am Freitagabend entsetzten die wieder zugelassenen Kommunisten eine Geschäftsordnungsdebatte.
- Das Hinrichs-Kabinett ist zurückgetreten.
- Der Dollarkurs liegt wieder auf über 79.000.

## Die letzte Woche.

Der neue englische Ministerpräsident Baldwin ist befreit, die Reparationsfrage aus der Welt zu bringen, aber er getraut sich nicht, oder noch nicht, die Diskussion zum Einsetzen des Anstosses in Paris zu machen. In den Londoner Zeitungen wird auch in dieser Angelegenheit ein etwas mißlicher Standpunkt, wie in den französischen Blättern vertreten, man darf sich annehmen, daß die bei uns die Ansicht Baldwin hierüber sich zur Befriedigung neigt, aber zu einem energischen Auftreten gegen Poincaré können jetzt weder er, noch der Minister des Auswärtigen Lord Curzon sich entschließen. Soweit geht in ihren Augen das englische Staatsinteresse noch nicht, weil sie von einem Konflikt ein offenkundiges Aufsteigen der Entente befürchten.

Die Schlichtung der Reparationsfrage ist eine rein finanzielle Angelegenheit, die der leitende britische Staatsmann für durchaus lösbar hält. Er trägt wohl die Franzosen ganz richtig, daß das Geld bei ihnen nicht immer ganz dieselbe Rolle spielt. Die breite Masse des Volkes will das deutsche Geld, um seine neuen heimischen Steuern bezahlen zu müssen, sie ist ihnen heutzutage vorzuziehen worden, und den



für ihren auf das thematischeren Interesse im gemeinsamen Staat nur Mittelteil, ob sie ihre volle Selbständigkeit Frankreich gegenüber zum Ausdruck bringen kann, ist aber doch die Frage. Es hat in Paris an wiederholten Anlässen auf Poincaré nicht gefehlt, es wurde mit solchen in der inneren Politik versucht, nachdem die in den auswärtigen Angelegenheiten gescheitert waren, aber bis zu seinem Sturz ist der Kampf der Opposition noch nicht vorwärts geschritten.

Der deutsche passive Widerstand an der Ruhr gegenüber den fortgesetzten Gewalttaten der Franzosen wankt und weicht nicht. Die Streik ist erweiterungsfähig vorüber, aber die Ausdehnung der Befehls- und Anweisung der Eisenbahnen hält an die Wortdaten erkennen sich nun schon gar auf Kinder, von welchen französischen Soldaten beleidigt sein sollen. Je mehr Einzelheiten auch über die Erschei-

lung des angeblichen deutschen Phönix bekannt werden in um so unangenehmeren und barbarischeren Lichte erscheint diese Gräueltat gegen Schlägler, dessen Maßlacre alle heutigen politischen Forderungen haben beibehalten müssen. Schlägler ist allerdings nicht umsonst unter den fremden Königen gefallen, aber in anderem Sinne, als die Franzosen denken.

## Poincarés Erfolg in Brüssel.

Keine Annäherung Belgiens an England.  
Poincarés Reise nach Brüssel hat ihm einen vollen Erfolg gebracht. Es ist ihm noch einmal gelungen, Belgien, das in letzter Zeit Neigung zeigte, sich von Frankreich zu trennen und zu England hinüberzuwenden, bei der Stange zu halten. Als Ergebnis der Brüsseler Konferenz wird amtlich bekannt gegeben:

Die französische und belgische Regierung sind übereingekommen, ihre frühere Einigkeit in vollem Umfang auszuüben zu erhalten, besonders die Einigkeit, wonach die Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der Zahlungen der Reparationen stattfinden soll. Sie soll so lange, bis Deutschland seine bestehenden Verpflichtungen erfüllt hat und seinen Widerstand aufhört, aufrecht erhalten werden und es soll vorerst in seine Erfüllung seiner Verbindlichkeiten eingetreten werden. Die beiden Regierungen haben sich gleichzeitig über ein Programm der Erleichterung von Maßnahmen verständigt, durch die der Druck auf Deutschland vermindert und Deutschland zur Ausführung seiner Verpflichtungen gezwungen werden soll.

Die Pariser Presse legt dieses Ergebnis der Brüsseler Konferenz ganz richtig darin aus, daß es Poincaré gelungen ist, die belgischen Minister zu seinem Standpunkt zu bekehren. Dieser Standpunkt lautet: „Die französische Regierung sei bereit, mit den belgischen Sachverständigen einen Plan zu besprechen, der in Paris ausgearbeitet wurde, und die von Brüssel bezüglich der Reparationen erteilten Anregungen aufzugreifen.“ Sie sei ferner bereit, mit England und Italien in Besprechungen einzutreten, sobald die Grundlage zu einer Unterhaltung wirklich gewonnen sei. Doch halte sie es für notwendig, diese Grundlage festzustellen. Vor allem müßten sich Frankreich und Belgien zunächst darüber verständigen.

Mittel betont, man wisse jetzt, was man unter der Forderung Frankreichs und Belgiens, das Ruhrgebiet erst nach dem Eingehen deutscher Zahlungen zu räumen, genau zu verstehen habe.

Der belgische Standpunkt sei, daß die beiden Länder ohne Nachteil die Ruhr räumen können, sobald die eigentlichen französisch-belgischen Zahlungen zu Ende gingen, d. h. falls den französisch-belgischen Reparationen vor Beendigung der von Deutschland fälligen Millionen geschuldeten Zahlungen eine Priorität zuerkannt werde. Die Auffassung wurde von den beiden Verbündeten rüchhaltig angenommen. Andererseits wurde im Hinblick auf die Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes festgehalten:

„Deutschland muß zu dem Status quo ante vom 1. Januar 1923 zurückgehen. Ohne daß die von den Franzosen und Belgiern geforderten Maßnahmen im Ruhrgebiet eine Bedingung erfahren, müsse Deutschland alle Voraussetzungen zurückziehen, durch die es den Widerstand gegen den Befehl der Reparationen sowohl hinsichtlich der Reparationen, wie auch im Hinblick auf das besetzte Gebiet organisiert.“

Aus Einzelheiten der Sitzung geht hervor, daß die belgischen Minister mit Mitterkeit von der wegweisenden Beurteilung ihres Monopolprojektes durch Poincaré Kenntnis nahmen. Unter diesen Umständen erklären die belgischen Minister, wie der Brüsseler Korrespondent des „Centre“ mitteilt, daß sie keinen neuen Plan mehr ausarbeiten werden. Sie verlangen lediglich, daß die französisch-belgischen Sachverständigen ihre gemeinsamen Arbeiten fortsetzen und die Gesichtspunkte der Regierungen weiterhin vergleichen.

## Der Münchener Schöberrats-Prozess.

Das französische Justizgenie.  
Aus der Zeugnisaussage des Major Wahr ist noch hervorzuheben. Wahr sollte in Prag eintreten für eine Bindung östlicher norddeutscher Kräfte durch einen Aufmarsch an der sächsischen Grenze im Falle einer bayerischen Aktion. Weiterhin sollte er in Prag das Desinteressenhandelnde bayerischer Streife an gewissen oberirdischen Grenzüberziehungen zugunsten Schwedens erklären und schließlich die Zustimmung Frickers zur Durchführung der habsburgischen Kräfte in der deutsch-österreichischen Frage im Falle einer bayerischen Aktion geben.

Wahr erklärte, daß die Verbindung des französischen Richter mit dem ungelagten Fußes aus jener Zeit, bessere, als in Bayern die Frage der Einwohnerwehr wieder acht gewonnen sei. Wahr habe auch die sichere Befestigung mit Sachlage zugelegt. Er habe seine besondere Sorge für Bayern betont, gesellschaftlich befindet er sich in deutschen Offizierskreisen verkehrt, und seine engen Beziehungen zum französischen Widerständigen Ami hervorzuheben.

Richter habe gesagt, französischerseits seien fünf Männer besonders in die Angelegenheit eingebunden worden, nämlich Poincaré, General Fial, Abg. Stöckel, General Degoutte und sein letzter Stabschef Major Kommerelle.

Die Behauptung, daß Bayern keine Waffen habe, um eine Aktion erfolgreich durchzuführen, habe Richter überlegen belächelt, weil er von Mathias gelegentlich unterrichtet gewesen sei. Die hierauf folgende Erklärung des Zeugen über die Unterhaltung des Richters in München zeigte, mit welcher Hülfe von Intrigen Frankreich seine Politik der Vereinfachung Deutschlands auf dem Wege über Bayern betrieb hat. Der Zeuge vernahmt sich ganz entschieden gegen die Behauptung der Verteidigung, daß er ein Weismannspiegel gemeint sei, und daß er selbst irgendwelche hochverräterische Handlungen begangen habe.

Am Donnerstag wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zunächst wurde Dr. Zafel, früherer Präsident des Bayerischen Ordnungsrates, vernommen. Er macht, wie auch der nächste Zeuge, Verlagsbuchhändler Dr. Deute, einige Aussagen über Mathias.

Der Zeuge Brendel aus Wolfstschäufel, Hauptmann a. D., früherer zweiter Vorsitzender des „Bundes Richter“, machte am 17. Februar 1923 eine Aussage mit, in der Schöberl in einem Vortrag darauf hingewiesen hatte, die Leute hätten sich nunmehr „beurlauben“. Durch Warnungen Stanters mußte geordnet, daß Brendel zum Polizeipräsidenten ernannt, der seine Ansicht dahin äußerte, es bedürfe französischer Gelder dahinter, und man müsse die Verbindung zu Mathias weiter erhalten, um ihn auszuforschen. Auch General Gbb, zu dem der Zeuge sich am nächsten Tage begab, riet zur Vorsicht. Darauf telegraphierte der Zeuge an seine Herren, sie sollten weitere Befehle abwarten, da die Voraussetzungen ihrer bisherigen Richtlinien irreführend seien.

## Deutsches Reich.

den 8. Juni 1923.

Die neue Währungsordnung. Dem Reichsrat ist der Entwurf einer neuen Währungsordnung vorgelegt worden, über den in der Sitzung am 8. Juni Beschluß gefaßt werden soll. Der Entwurf umfaßt insgesamt 8 Verordnungen, eine Verordnung, in der nach dem Artikel 6 Abs. 3 des Völgesezes die Reichsregierung ermächtigt wird, die übrigen Verordnungen mit dem 31. Mai d. J. in Kraft treten zu lassen. Von den übrigen Verordnungen befaßt sich die erste mit dem Kampf gegen die Kreisreiterei, die zweite regelt die Ein- und Ausuhr, die dritte befaßt den Handel, wobei eine Konfessionierung des Einzelhandels vorgesehen ist, die vierte trifft Maßnahmen gegen Notstände in der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des täglichen Bedarfs, die fünfte befaßt sich mit der Einrichtung von Verkaufsstellen und in der sechsten wird die Ausnahmestellung aber wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere Preise, Vorräte, Leistungen und Fähigkeiten von Unternehmungen oder Betrieben geregelt festgelegt. In der letzten Verordnung werden die allen Bestimmungen über die Währungsreform zugunsten und in wichtigen Punkten ergänzt. Als neuer Gesichtspunkt wird in dieser Verordnung der Bestimmung über eingeführt, der für ungerichtlichen Gewinn oder Verdienst aus Leistungen, z. B. Handwerkerleistungen, schwere Strafen, als Höchststrafe Bußhaus, als Mindeststrafe 100 000 M. angesetzt.

Der bayerische Landtag stimmt mit den Stimmen der Bürgerlichen einem Ausnahmefestbeschlusse zu, wonach der kommunalistische Abg. Eisenberger, gegen den ein Verbot wegen Landesverrats schwebt, verhaftet werden soll. Eisenberger hat sich bisher seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Das sächsische Defizit. Der Selbstbetrag des ordentlichen sächsischen Staatshaushalts für 1923-24 beträgt nach den neuen Feststellungen etwa 161 Millionen Mark, wenn man einen Dollarkurs von 20 000 Mark und eine Höhe der Beamteneigebühren von Anfang Mai 1923 zugrundelegt. Der außerordentliche Haushaltsplan erfordert eine Summe von 250 Millionen ebenfalls bei einem Dollarkurs von 20 000 M. Bei dem heutigen Dollarkurs wird sich das Defizit in Wirklichkeit natürlich noch viel riesenhafter gestalten.

Das sinkende Vertrauen zur Mark. Im Reichstag wurde zur Unterföhrung der Markwährungsreform Abg. Dauch (D. Abg.), ob nicht außer der Inflation auch die immer härter werdende Verschuldung an das Ausland, also die Aufzehrung der Substanz, bei Vertrauen und damit die Währung sehr erschweren. Präsident Hauentien erklärte, wenn das Substanzvermögen, also das, was die Schuld des Schuldners hindere, ausgenutzt sei, so müsse natürlich das Vertrauen sinken. Abg. Dauch fragte weiter, ob nicht, da die Weichte-